

aus unserem Archiv vom 21. November 2010

Geplante Umgehung teilt Anwohner in zwei Lager

Von unserem Mitarbeiter Uwe Hentschel

Während der Landesbetrieb Mobilität nach Jahrzehnten der Planung das Baurecht für die umstrittene Nord-Ost-Tangente in greifbarer Nähe sieht, sind viele Anwohner entlang der Trasse nach wie vor verärgert. Zwar haben sich einige von ihnen mittlerweile mit den Plänen und ihren Folgen abgefunden, andere wollen Widerstand leisten.



Anschluss an die Bitburger Nord-Ost-Tangente: Über die Kreuzung Bundesstraße 50/Albachstraße soll die Umgehungsstraße den Verkehr um Bitburg herumleiten.
TV-Foto: Archiv/Uwe Hentschel

Bitburg. Der geplante Bau der Nord-Ost-Tangente ist nicht unumstritten. Gegenargumente: Für die benachbarten Anwohner sei aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens mit höheren Lärmbelastungen zu rechnen. Und: Die voraussichtlich 6,5 Millionen Euro teure Umgehung, mit der die Bundesstraßen 51, 257 und 50 verbunden werden sollen, bringe nicht den bezweckten Nutzen. So wird vielfach kritisiert, dass die laut Verkehrsgutachten erwartete Entlastung für die Innenstadt von bis zu 8000 Fahrzeugen pro Tag völlig realitätsfern sei und dass weitaus weniger Autofahrer die Tangente nutzen würden als angesetzt.

Bürger befürchten verminderte Lebensqualität

Sollte sich Letzteres bestätigen, dann hätte es für die Anwohner der Kölner Straße, des Messenwegs oder aber des Leuchensangs zumindest den Vorteil, dass es aufgrund des dann geringen Verkehrsaufkommens nicht ganz so laut werde wie befürchtet. Doch ein Einschnitt in die bisherige Lebensqualität bliebe die Tangente - wie beispielsweise für Karl-Heinz Britten, der im Leuchensang wohnt: "Ich habe im Grunde genommen nichts gegen die Tangente", sagt er. Doch sein Problem sei, dass die Anbindung des Leuchensangs an die geplante Straße genau an seinem Grundstück vorbeiführe. Das sei für ihn ärgerlich, doch mittlerweile habe er sich damit abgefunden. Ähnlich sieht das auch eine ältere Anwohnerin aus dem Messenweg. "Froh sind wir darüber natürlich nicht", sagt sie. "Aber wir haben auch nicht die Kraft, uns dem entgegenzusetzen. Das ist wie höhere Gewalt."

Betroffen ist auch Ilse Engelen, die im nördlichen Teil des Ostrings wohnt. Je nach Planungsvariante würde die

Tangente entweder 100 oder aber 200 Meter entfernt von ihrem Grundstück verlaufen, sagt sie. Mit den 200 Metern könne sie leben, doch eine Belastung sei das Bauvorhaben allemal. Zudem finde sie es nicht fair, dass ein Verkehrsproblem der Innenstadt auf Kosten der Anwohner im Nordosten Bitburgs gelöst werde.

Theodor Batteux hat einen landwirtschaftlichen Betrieb im Schlangenpfädchen, etwas nördlich außerhalb der Stadt. Laut Plan führt die Tangente durch seine zum Teil gepachteten Felder und Wiesen. Und beinahe hätte er auch noch die für Ausgleichsflächen "direkt vor der Tür" gehabt. Zumindest Letzteres sei geändert worden, so dass Batteux nun hofft, im Zuge der mit dem Bau ebenfalls notwendigen Flurbereinigung den Schaden so gering wie möglich halten zu können. "Ich muss das Beste aus der Situation machen", sagt er. "Mehr bleibt mir nicht übrig."

Bedenken der Bürger kaum berücksichtigt

Das Beste aus der Situation machen: Für Harald Mann bedeutet das, den Bau der Tangente zu verhindern. Er wohnt im Messenweg, war maßgeblich an einer Unterschriftenaktion gegen das Bauvorhaben beteiligt und ist einer von rund 40 Anwohnern, die vor einem Monat am abschließenden Erörterungstermin mit dem für die Planung zuständigen Landesbetrieb Mobilität teilgenommen haben (der TV berichtete). Für ihn war die Veranstaltung - die Öffentlichkeit war ausgeschlossen - keine Diskussion, sondern eine Konfrontation mit Tatsachen. Die Bedenken der Bürger seien kaum berücksichtigt worden, kritisiert er. Zudem bezweifle auch er, dass die Tangente zur Entlastung der Innenstadt auch nur ansatzweise beitrage.

Sollte es zu einem Planfeststellungsbeschluss und damit auch zu Baurecht kommen, "werde ich dagegen rechtlich vorgehen", sagt Mann. Darüber hinaus beabsichtige er, den Bundesrechnungshof einzuschalten. Denn es seien Unsummen an Steuergeldern in die Planung geflossen, die in keinem Verhältnis zum Projekt stünden.